

Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Anton Friesen, Armin-Paulus Hampel,
Dr. Roland Hartwig, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 19/22519 –**

Deutsch-Ukrainische Partnerschaft stärken – Für mehr Wohlstand, Frieden und Sicherheit in Europa

A. Problem

Nach Auffassung der antragstellenden Fraktion kann eine deutsche Ukrainepolitik nur unter Einbeziehung von anderen regionalen Akteuren geschehen. Insbesondere die Visegrád-Gruppe und Russland, so der Antragstext weiter, sind für die wirtschaftliche und politische Stabilität der Ukraine unerlässlich. Die antragstellende Fraktion fordert daher die Bundesregierung u. a. auf, 1. die Neutralität der Ukraine zu wahren, d. h. sich ggf. gegen eine Aufnahme des Landes in die Europäische Union und der NATO auszusprechen; 2. in Kooperation mit der EU und Russland beim Aufbau der Infrastruktur in der Ukraine zu helfen, insbesondere im Hinblick auf die Energieversorgung; 3. deutsch-ukrainische Städtepartnerschaften zu stärken; 4. darauf hinzuwirken, einen Vertrag über die Sicherheit in Europa mit der Russischen Föderation auszuarbeiten und die Ukraine entsprechend miteinzubinden; 5. die wirtschaftliche Kooperation mit der Ukraine auszubauen und sich, in Kooperation mit Polen, der Slowakei, Ungarn und Rumänien, für eine Sonderwirtschaftszone (SWZ) in der West-Ukraine stark zu machen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/22519 abzulehnen.

Berlin, den 19. Mai 2021

Der Auswärtige Ausschuss

Dr. Norbert Röttgen
Vorsitzender

Frank Steffel
Berichterstatter

Josip Juratovic
Berichterstatter

Armin-Paulus Hampel
Berichterstatter

Renata Alt
Berichterstatterin

Dr. Gregor Gysi
Berichterstatter

Omid Nouripour
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Frank Steffel, Josip Juratovic, Armin-Paulus Hampel, Renata Alt, Dr. Gregor Gysi und Omid Nouripour

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 19/22519** in seiner 176. Sitzung am 17. September 2020 beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss sowie zur Mitberatung dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, dem Verteidigungsausschuss sowie dem Ausschuss für Wirtschaft und Energie überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Nach Auffassung der antragstellenden Fraktion kann eine deutsche Ukrainepolitik nur unter Einbeziehung von anderen regionalen Akteuren geschehen. Insbesondere die Visegrád-Gruppe und Russland, so der Antragstext weiter, sind für die wirtschaftliche und politische Stabilität der Ukraine unerlässlich. Die antragstellende Fraktion fordert daher die Bundesregierung u. a. auf, 1. die Neutralität der Ukraine zu wahren, d. h. sich ggf. gegen eine Aufnahme des Landes in die Europäische Union und der NATO auszusprechen; 2. in Kooperation mit der EU und Russland beim Aufbau der Infrastruktur in der Ukraine zu helfen, insbesondere im Hinblick auf die Energieversorgung; 3. deutsch-ukrainische Städtepartnerschaften zu stärken; 4. darauf hinzuwirken, einen Vertrag über die Sicherheit in Europa mit der Russischen Föderation auszuarbeiten und die Ukraine entsprechend miteinzubinden; 5. die wirtschaftliche Kooperation mit der Ukraine auszubauen und sich, in Kooperation mit Polen, der Slowakei, Ungarn und Rumänien, für eine Sonderwirtschaftszone (SWZ) in der West-Ukraine stark zu machen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat die Vorlage auf Drucksache 19/22519 in seiner 83. Sitzung am 19. Mai 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Abwesenheit der Fraktion der AfD die Ablehnung.

Der **Verteidigungsausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 19/22519 in seiner 91. Sitzung am 19. Mai 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat die Vorlage auf Drucksache 19/22519 in seiner 119. Sitzung am 19. Mai 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 19/22519 in seiner 81. Sitzung am 19. Mai 2021 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung.

Berlin, den 19. Mai 2021

Frank Steffel
Berichterstatter

Josip Juratovic
Berichterstatter

Armin-Paulus Hampel
Berichterstatter

Renata Alt
Berichterstatterin

Dr. Gregor Gysi
Berichterstatter

Omid Nouripour
Berichterstatter